



PRESSEMITTEILUNG

Nr. 165a/GP

21.06.2014

**Huml erinnert Medizin an Prinzip der Menschenwürde - Bayerns
Gesundheitsministerin: Nicht alles technisch Mögliche ist ethisch
vertretbar**

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hat die Verantwortung der Medizin beim Thema Menschenwürde hervorgehoben. Huml betonte am Samstagabend anlässlich der Generalversammlung des Verbandes der Wissenschaftlichen Katholischen Studentenvereine UNITAS in Bamberg: "Nicht alles, was medizinisch und technisch möglich ist, ist auch ethisch vertretbar. Alle gesellschaftlichen Einrichtungen haben sich strikt an dem Prinzip der Menschenwürde auszurichten. Das gilt auch für das Gesundheitswesen."

Huml fügte in Vertretung von Ministerpräsident Horst Seehofer hinzu: "Besonders das Lebensende stellt uns vor komplexe ethische Fragen. Das christliche Menschenbild verpflichtet uns, die Würde des Menschen bis in den Tod hinein zu wahren. Jeder hat das Recht, selbstbestimmt zu entscheiden, ob und welche medizinischen Maßnahmen für ihn ergriffen werden. Er kann dies in einer verbindlichen Patientenverfügung festlegen. Aktive Sterbehilfe ist jedoch selbstverständlich hiervon nicht umfasst."

Die Ministerin mahnte: "Nicht in der vorzeitigen Beendigung des Lebens besteht die Lösung, sondern in einem anderen Umgang mit Tod und Sterben. Dazu gehört auch, die Endlichkeit des Lebens und damit die Grenzen des therapeutischen Handelns anzuerkennen."

Oftmals werde das Sterben mit unerträglichen Schmerzen und Einsamkeit verbunden. Huml unterstrich: "Viele Menschen haben schlichtweg Angst davor. Diesen Ängsten tritt der ganzheitliche Ansatz der Palliativmedizin und Hospizarbeit entgegen. Er widmet sich den körperlichen und psychischen Belastungen der Schwerstkranken und Sterbenden. Der Ansatz umfasst aber auch eine soziale und spirituelle Begleitung und bezieht die Angehörigen mit ein."

Die Ministerin fügte hinzu: "Dadurch soll ein menschenwürdiges Leben bis zuletzt möglich werden. Die Antwort des Bayerischen Gesundheitsministeriums auf die aktuellen Rufe nach aktiver Sterbehilfe ist daher der weitere Ausbau der Hospiz- und der Palliativversorgung. Wenn schwerstkranken Menschen wissen, dass sie nicht allein gelassen werden, dann nimmt der Wunsch nach Sterbehilfe ab. Wir wollen deshalb eine Perspektive der Fürsorge und der Mitmenschlichkeit geben!"



Huml verwies ferner darauf, dass die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland deutlich steigen wird. Auch hier gelte der Grundsatz: "Die Menschenwürde muss der ethische Prüfstein unserer Solidargemeinschaft sein." Die Ministerin fügte hinzu: "Die pflegerische Versorgung der älteren Generation ist eine Aufgabe, die uns alle angeht! Politik, Wirtschaft, Kirche, Gesellschaft - wir alle können und müssen die Pflege zu einem zentralen Thema im sozialen Miteinander machen."

Weitere Informationen: <http://www.hospiz.bayern.de>